

## DER 3. PARTEITAG: KONSTRUKTIV UND SACHLICH



© DIE LINKE / die-linke.de

Es war diesmal ja klar, dass es ein „reiner“ Arbeitsparteitag werden würde. Da waren noch die Wahlen der Schieds- und Revisionskommissionen und die Anträge für das Wahlprogramm und die Satzungsänderungen.

Am Freitag nach der Arbeit fuhr ich los und war schon leicht sauer, weil ich die Rede vom Vorsitzenden verpassen würde. Aber der Beginn wurde verschoben, und wir erlebten, wie Bernd Rixinger sich im letzten Jahr auch in punkto Redegewandtheit entwickelt hat.

Nach den Wahlen der Kommissionen ging der Antragsmarathon los. Irgendwie lief es wie geschmiert, und wenn man sich an den Parteitag in Göttingen erinnert, war die Stimmung recht entspannt. Der Umgang miteinander war entkrampfter und der Ton nicht nur nicht so gereizt, sondern sogar freundlich. Für eine Änderung des Klimas sprach auch, dass der immer wieder angekündigte, aber immer wieder verschobene Tanzabend diesmal wirklich stattfand - mit einer tollen kubanischen Kapelle und das bei dem hochsommerlichen Wetter. Fehlte nur noch ein Grußwort von Fidel, um das

karibische Flair komplett zu machen.

Am Sonnabend ging der Antragsmarathon weiter, und ich möchte allen Mitgliedern der Antragskommission eine sehr gute Arbeit in der Vorbereitung und während des Vortragens bescheinigen. Natürlich gab es auch wieder den Nachtmarathon, aber am Ende ein Wahlprogramm, das für alle in weiten Teilen mit tragbar ist.

Sehr schön waren die kulturellen Einlagen von Solid und einem alternativen Kulturprojekt. Günstig war auch, dass der Parteitag auf das Wochenende gelegt wurde, an dem die „Bunte Republik Neustadt“ stattfand. Teile unserer vogtländischen Delegation nutzten dieses Angebot in den beiden Nächten ausgiebig bis in die frühen Morgenstunden.

Zum Parteitag fahren heißt Gleichgesinnte zu treffen und sich auch auszutauschen, um an einigen Stellen festzustellen, dass wir alle so unsere Probleme haben in der alltäglichen Parteilarbeit. Ein Thema die Überalterung, ein anderes, alles im Ehrenamt zu bewältigen, ein nächstes die Mit-

gliederwerbung, die sich schwierig gestaltet.

Der Wahlkampf zieht langsam alle in seinen Bann und niemand bezweifelt, dass wir das schaffen. Natürlich wartete jeder auf Gregor und wie er heute den Zustand in unserer Partei sieht. Und er hat geschliffen wie immer seine Analyse gegeben. Und wie immer hat er das Wahlprogramm uns ans Herz gelegt und der Aufruf zum Kampf eines zweistelligen Wahlergebnisses war wie ein Startschuss. Meine Eindrücke deckten sich mit seiner Darstellung und wir haben uns vom innerparteilichen Zerfleischen hin zur konstruktiven Zusammenarbeit bewegt. Diesen Prozess haben unsere beiden Vorsitzenden befördert. Als ich Bernd fragte, was ihre gemeinsame Arbeit ausmacht und wie sie es geschafft hätte, sagte er zu forderst ginge es um das Zuhören und um eine gezielte Abstimmung.

Sigrid Mann, Thomas Höllrich  
Reichenbach

|         |  |         |
|---------|--|---------|
| aus dem | Keine „National Befreite Zone“ .....   | Seite 2 |
| Inhalt: | Bürgerhaushalt für Plauen .....        | Seite 4 |
|         | Landkreis auf absurden Sparkurs.....   | Seite 6 |
|         | Pfarrer König unsere Solidarität!..... | Seite 7 |

## WIR WOLLEN KEINE „NATIONAL BEFREITE ZONE“ VOGTLAND!

In den letzten Jahren konnte man in Verbindung mit Brandenburg den Begriff der „National befreiten Zone“ hören. Es handelt sich hier um Gebiete, die von rechtsextremen Gedankengut und rechter Gewalt geprägt sind. In diesen Gebieten können sich Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen die sich als links oder alternativ verstehen, aber auch Homosexuelle und behinderte Menschen nicht mehr auf die Straße oder in öffentliche Einrichtungen wagen, da gegen sie überall Gewalt ausgeübt wird. Die Folge ist der Wegzug von demokratisch denkenden Bürgerinnen und Bürgern und der Zuzug von weiteren Rechtsextremisten.

Die rechtsextremistischen Aktivitäten nehmen im Vogtland immer stärker zu. Immer wieder wird bekannt, dass sich neue Kameradschaftsstrukturen gebildet haben. Auch die so genannten „Autonomen Nationalisten“ haben

schon einen Platz im Vogtland. Migrantinnen und Migranten und alternative und linke Jugendliche sollten in den Abendstunden bestimmte Gegenden meiden, da sie dort der Gefahr von rechter Gewalt ausgesetzt sind. Bei Demonstrationen oder Veranstaltungen müssen die Rechtsextremisten im Vogtland nur mit wenig Gegenwehr rechnen. Selbst eine der größten rechtsextremistischen Veranstaltungen Deutschlands, der JN-Sachsentag, fand im Vogtland statt. Es werden noch mehr folgen, da sie hier ungestört ihre menschenverachtende Ideologie ausleben und verbreiten können.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger des Vogtlandes immer noch nicht verstanden haben, dass es schon fünf nach zwölf ist. Viel zu viele schauen weg. Sie sind der Meinung, dass die Rechtsextremisten ihnen nichts tun. Das ist aber falsch. Jede und Jeder, der nicht

diese menschenverachtende Ideologie unterstützt, kann zum potentiellen Opfer werden. Schon einmal hat die Bevölkerung zu lange weggeschaut. Die Resultate sind bekannt.

Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger des Vogtlandes und die politischen Verantwortlichen auf, sich endlich aktiv am Kampf gegen den Rechtsextremismus zu beteiligen. Schauen Sie nicht mehr weg. Nur gemeinsam können wir effektiv gegen die Neonazis vorgehen. Lassen Sie Ihre Heimat nicht zur „National befreiten Zone“ werden.

*Janina Pfau, Wolfgang Netzsch,  
Andrea Roth, Lars Legath, Paul Gruber  
Andre Hegel, Stefan Kademann,  
Olaf Schmalfuß, Klaus Jäger,  
Martin Mailach, Ulrich Gebhardt,  
Evelyn Gebhardt*

## AG / IG INFORMIEREN

### Aus dem Kreisvorstand

Im Juni fanden zwei Sitzungen des Kreisvorstandes statt. Zum einen die reguläre Juni-Sitzung sowie eine Sondersitzung mit dem Thema Antifa-Arbeit im Vogtland.

Auf der regulären Sitzung ging es natürlich um die bevorstehende Wahlkämpfe. Plakatzahlen, Flyer, Werbemittel sowie deren Verteilung und Aktionen. Auch die Rückmeldungen der vor kurzem verteilte Aktivierungs- /Spendenbriefe sind positiv zur Kenntnis genommen wurden. Bis auf wenige Orte sind schon viele Rückmeldungen da. Bei den noch ausstehenden Antworten wird zusammen mit Dresden eine Telefonaktion durchgeführt.

Als besondere Gäste waren Vertreter der verschiedenen Landesarbeitsgemeinschaften eingeladen, die von ihrer Arbeit vor Ort und im Landesverband berichteten.

Besonders interessant und aufschlußreich war der Bericht der Vertreterin der LAG „Hartz IV“, die sowohl über Probleme, als auch Erfolge

ihrer Arbeit sprach. Ebenso war der leitende Redakteur des Vogtlandboten eingeladen. Da die Finanzierung und Verteilung des Vogtlandboten immer schwieriger und kostspieliger gestaltet, waren die Redaktionsgruppen aus dem Vogtland und Zwickau aufgefordert, sich Alternativen zu überlegen. Über die ersten Festlegungen wie Seitenzahlen und Erscheinungsweise wurde gleich informiert.

Auch für das diesjährige Sommerfest wurden noch erste Planungen gemacht, das in Falkenstein stattfinden soll.

Auf der Sondersitzung wurde über die aktuelle Neonazi-Situation im Vogtland gesprochen. Die Ereignisse der letzten Zeit, JN-Sachsentag oder auch der Trauermarsch in Plauen zeigen die Aktualität des Themas. Nach Diskussion über Ursachen und Wirkung wurden Ideen und Vorschläge gesammelt, die jetzt noch auf Umsetzbarkeit geprüft werden müssen.

*red.*

Du freust dich über diese Zeitung?  
Du blätterst sie immer gleich durch?

Dann Unterstütze **Der Vogtlandbote**

mit einer Spende von nur 1,- €/ Monat!

## SENIOREN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013

Wie im Vogtlandboten März 2013 berichtet, haben wir, die vogtländischen Seniorenverbände (vgl. Kasten) ein Faltblatt erarbeitet. Wir wissen, es gibt viele Wahlkampfthemen. Unsere sind die Rente und die Altersarmut.

Es ist keine neue Erkenntnis, dass zu Wahlen die Parteien Wahlversprechungen machen, die nach der Wahl keine Rolle mehr spielen. So sei nur eine Wahllüge genannt: CDU und FDP haben zur letzten Wahl versprochen, eine Rentenangleichung zwischen Ost und West vorzunehmen. In ihrem Koalitionsvertrag wurde dazu ein einheitliches Rentensystem festgeschrieben.

Die Bundeskanzlerin hat in der Festrede zur Eröffnung des 9. Deutschen Seniorentages am 08. Juni 2009 angekündigt, das Thema „Angleichung

der Rentenwerte“ in ihrer Legislaturperiode anzugehen. Ein nicht erfülltes Versprechen – still und leise verabschiedete man sich von dieser Zusage.

Die wirtschaftliche Situation im Osten mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen ist Ergebnis politischer Entscheidungen, auf die wir Beitragsbürger keinen Einfluß hatten. Für eine Streichung der Hochwertung der Einkommen bei Angleichung der Rentenwerte Ost an das Westniveau gibt es deshalb keinen zwingenden Zusammenhang. Das wird aber von den Politikern immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt. Tragen die in Regierungsverantwortung Handelnden die Folgen ihrer politischen Entscheidungen? Nein, wir sind das!

Deshalb haben wir uns vorgenommen, im Vorfeld der Bundestagswahl mit dem erarbeiteten Fragenkomplex im Faltblatt zur Rente alle Altersgruppen zu erreichen. Schwerpunkt für uns werden vor allem Nichtwähler und Jugendliche – also zukünftige Rentner – sein.

Um dies zu erreichen werden wir in unserem Wohnbereich, in den Vereinen, im Bekannten-

kreis und anderen sich ergebenden Möglichkeiten mit den Wählern versuchen ins Gespräch zu kommen. Die Grundlage dafür ist unser Faltblatt mit seinen konkreten Argumenten und Fragen an die Kandidaten für den Bundestag. So etwa, was habt ihr getan oder seid ihr gewillt zu tun, den Rentenwert Ost an den Rentenwert West anzugleichen, um nicht länger die Ostdeutschen um die Anerkennung ihrer Lebensleistungen zu betrügen. Wie wollen sie die Altersarmut abwenden, wenn das Rentenniveau bis 2030 von heute 50,4 Prozent auf 43 Prozent abgesenkt, das Renteneintrittsalter auf 67 (oder mehr Jahre) angehoben wird und eine notwendige Zuschußrente nur gewährt wird, wenn privat vorgesorgt wurde.

Weitere Fragen sind die Haltung zur sozialen Schieflage zwischen Arm und Reich, zum erforderlichen Mindestlohn in allen Bereichen, zur Notwendigkeit der Tafeln und anderes. Unser Einsatz beginnt im August, um den Wählern rechtzeitig unser Faltblatt in die Hände zu geben, so dass sie es bei Wahlveranstaltungen nutzen können. Damit verbunden ist natürlich auch unser Aufruf, unbedingt zur Wahl zu gehen, um mitzuhelfen, neues Unrecht zu verhindern.

Wir als AG Senioren der LINKEN werden uns noch weitere Argumentationen holen und bei der nächsten Zusammenkunft der vogtländischen Seniorenverbände einbringen.

*Heinz Discher - Plauen*

### Beteiligte vogtländische Seniorenverbände:

- BRH - Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen e.V.
- GBM - Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM)
- GRH - Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung
- BPG - Bundespolizeigewerkschaft
- ISOR - Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR
- Verdi - Senioren der Gewerkschaft verdi Zwickau / Vogtland
- VS - Volkssolidarität
- BfSk - Bürgerforum Sozialkultur
- DGB - Deutscher Gewerkschaftsbund Zwickau/Vogtland
- Attac - Sprecherrat Plauen
- Seniorenbeirat Plauen
- AG „Senioren“ der LINKEN Plauen

## SCHULSOZIALARBEIT GEHÖRT AN ALLE SCHULEN!

Zum Ergebnis der Beratung des 44. Schulinitiativtreffens am 1. Juni 2013 in Plauen erklärt Andrea Roth, Sprecherin für Direkte Demokratie und Bürgerbeauftragte der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

„Einig waren sich die Teilnehmer aus ganz Sachsen, dass der Freistaat im puncto Schulsozialarbeit deutschlandweit an letzter Stelle steht und das Vogtland im Vergleich zu anderen sächsischen Kreisen ganz unten rangiert. Die Verantwortlichen im Vogtlandkreis haben die Bedeutung und Notwendigkeit von Schulsozialarbeit bis heute nicht erkannt.

Während zum Beispiel im Landkreis Leipzig an fast allen Schulen mindestens an vier Tagen pro Woche Schulsozialarbeit mit festen Personal integriert ist, findet im Vogtland nur sogenannte „schulbezogene Sozialarbeit“ statt. Das heißt in der Praxis, das jeweils nur an einem Tag wöchentlich von 8 bis 15 Uhr ein Ansprechpartner zur Verfügung steht. Lediglich sechs Kollegen sind im ganzen Vogtland für einige wenige Schulen dafür eingesetzt. Dies ist keine Schulsozialarbeit!

Von den Teilnehmern der Beratung wurde eine gesetzliche Grundlage für die Sozialarbeit und eine ausreichende

Finanzierung durch den Freistaat Sachsen gefordert, damit an jeder Schule mindestens ein Schulsozialarbeiter wirksam werden kann.

Herrn Landrat Dr. Tasilo Lenk in sein Stammbuch: Auch im Vogtland haben Kinder und Jugendliche das Recht, eine umfassende Förderung ihrer Entwicklung zu erhalten. Wir brauchen wirkliche Schulsozialarbeit an allen Schulen – auch im Vogtland!“

## ALTERNATIVE ENERGIEN FÜR DAS VOGTLAND

Aus der Arbeit der Kreistagsfraktion

Der im April von der Mehrheit der Kreistagsmitglieder verabschiedete Doppelhaushalt 2013/2014 hat noch immer keine Sicherheit für die Vereine und Verbände gebracht, die alle eine wichtige und dringend notwendige Arbeit im Landkreis verrichten. Er ist noch nicht von der Landesdirektion bestätigt und kann noch einige Überraschungen mit sich bringen. Allerdings keine angenehmen! Er wird uns mit seinen Ungereimtheiten noch das ganze Jahr beschäftigen.

Sehr umfangreich haben wir das Energiekonzept des Vogtlandkreises für die Jahre bis 2020 diskutiert. Dazu hatten wir uns Prof. Schufft von der TU Chemnitz eingeladen. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, wie, mit welchen Methoden und an welchen Standorten können wir alternative Energien noch effektiver einsetzen, um uns künftig von den großen Energieversorgern unabhängiger zu machen. Vorstellbar fürs Vogtland sind Windkraft, Wasserkraft, Geothermie, Biogasanlagen oder Kraft-Wärme-

Kopplung. Die vorhandenen Potentiale sind zu analysieren, Investitionen für den notwendigen Netzausbau zu planen und Vogtländerinnen und Vogtländer für diese Herausforderung zu gewinnen. Wenn wir wirklich weg vom Atom- und Kohlestrom wollen, müssen wir uns zeitnah diesen Aufgaben stellen. Dieser Diskussion sollten wir uns auch stellen, um Für und Wider abwägen zu können.

Mit konstanter Hartnäckigkeit haben wir die Einführung der Ehrenamtskarte auch für die landkreiseigenen Kultureinrichtungen gefordert. Mit Erfolg! Es bleibt abzuwarten, wie dieses Angebot von den „Ehrenamtlern“ angenommen wird.

*Karin Höfer - Vorsitzende der Linksfraktion im Kreistag*

## ZU MEINEM RÜCKTRITT ALS STADTRAT TREUEN

Am 01.11.2000 leistete ich als „Nachrücker“ für den damaligen Stadtrat Rolf Schubert für die PDS meinen Eid. Wie es darin heißt, versuchte ich gewissenhaft die Rechte der Stadt zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Bürger nach Kräften zu fördern. Ich sah meine Aufgabe in einer kritischen, aber unterstützenden Begleitung der Verwaltung, zugleich ständig die Einbeziehung der Bürger und Betroffener in alle Angelegenheiten fordernd.

Mein ständiges Einfordern von Informationen, mein Nach- und Hinterfragen erforderte aber selbst die Aneignung von Detail-Wissen und die Teilnahme an auch überregionalen Erfahrungsaustauschen. Immer standen dabei die Interessen der „kleinen Leute“, der Menschen, die sich aus den verschiedensten Gründen von einer Beteiligung am gesellschaftlichen

Leben zurückgezogen haben, im Vordergrund. Nach dem Motto „sich rühren ist besser als gerührt zu sein“, versuchte ich mich „einzumischen“. Das gefiel nicht immer Jedem! Das erforderte viel Zeit und Kraft, die ich im 71. Lebensjahr und nach zwölfjährig Jahren Ehrenamt als Stadtrat nun nicht mehr im erforderlichen Maße aufbringen kann.

Ich möchte aber auch weiterhin als Ortsvorsitzender der Partei DIE LINKE Treuen-Lengenfeld dafür werben, politische Veränderungen in unseren Kommunen und in unserem Land hin zur echten sozialen Gerechtigkeit und zu wirklicher Demokratie zu erreichen.

*Peter Jattke - Treuen*

## PLAUENS STADTRAT FÜR BÜRGERHAUSHALT

Am Schluss einer extrem langen Tagesordnung wurde es am 11. Juni im Plauener Stadtrat noch einmal heftig. Der Antrag der Linksfraktion wurde aufgerufen, das Konzept für einen Bürgerhaushalt für Plauen zu erarbeiten. Fraktionsvorsitzende Claudia Hänsel erläuterte sachlich fundiert und überzeugend Sinn und Motivation des Antrags.

Das ohnehin komplizierte Haushaltsgeschehen soll transparenter werden. Die Mitwirkung der Bürgerschaft an der Entscheidung über einen beeinflussbaren Teil des Haushalts soll den Dialog von Bürgerschaft, Stadtrat und Verwaltung stärken.

Ganz schlimm fand CDU-Fraktionschef Hans-Joachim Weiß diesen Antrag. Das ergäbe keinen Sinn und sei aus Sicht der sächsischen Gemeindeordnung höchst fragwürdig. Zumal über den Haushalt die Stadträte zu entscheiden haben und nicht der eine oder andere Bürger.

So prallten in der Diskussion entgegengesetzte Auffassungen aufeinander. Was ist entscheidend für die Qualität kommunaler Demokratie: kompetente und gut informierte Stadträte oder die Mitwirkung der Bürgerschaft gemeinsam mit den Stadträten an den wesentlichen Entscheidungen. Und die Plauener haben in den letzten Jahren ihr Engagement vielfach unter Beweis gestellt: bei der Innenstadtgestaltung, dem Neubau des Nord-Westflügels am Rathaus, den jetzt wieder regelmäßigen Einwohnerfragestunden, den Begehungen in den Ortschaften und Stadtteilen.

Gegen die Stimmen von CDU und FDP beschloss die Mehrheit aus Linken, SPD und Grünen letztlich: Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept für den Bürgerhaushalt in Plauen.

*Klaus Jäger - Stadtrat DIE LINKE Plauen*

## 14. RAUMFAHRTTAGE IN MORGENRÖTHE-RAUTENKRANZ

Auch in diesem Jahr nahm ich an den Raumfahrttagen in Morgenröthe-Rautenkranz teil. Das nunmehr 14. Treffen von Weltraum - Interessierten, Kosmonauten und Astronauten, Wissenschaftlern und namhaften Vertretern des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) und der European Space Agency (ESA) stand im Zeichen des 50. Jubiläums des Fluges von Walentina Tereschkowa und des 35. von Sigmund Jähn in den Weltraum.

Wie immer beeindruckten die Raumfahrttage durch interessante Themen und hochkarätige Referentinnen und Referenten, die locker und leicht verständlich ihre Fachvorträge und Erfahrungsberichte vortragen.

Die Raketenentwicklung begann durch Sergej Koroljow (1907-1966) bereits in den 30er Jahren. Er war ein bedeutender sowjetischer Konstrukteur und gilt in der Fachwelt als Weltraumpionier. Mit einer von ihm entwickelten R-7 startete Sputnik 1 am 4. Oktober 1957. Der erste Erdsatellit war weltweit eine Sensation und weckte auch im Westen Begeisterung

für die Raumfahrt. Sputnik 2 wurde am 3. November 1957 gestartet und brachte das erste Lebewesen in eine Erdumlaufbahn, die Hündin Laika.



Der größte Erfolg der sowjetischen Raumfahrt aber war der Flug Juri Gagarins, des ersten Menschen im Weltraum. Nach der erfolgreichen Erdumrundung am 12. April 1961 wurde er in Moskau und in aller Welt mit großer Begeisterung gefeiert. Vom 16. bis 19. Juni 1963 flog Walentina Te-

reschkowa als erste Frau mit Wostok 6 ins All und umkreiste die Erde 49-mal. Am 26. August 1978 startete der dritte bemannte Raumflug des Interkosmos-Programms. Sigmund Jähn flog in Sojus 31 zusammen mit Waleri Bykowski zur sowjetischen Raumstation Saljut 6. Er machte als erster Deutscher im Weltraum auch seinen Geburtsort Morgenröthe-Rautenkranz bekannt.

Das Vogtland und ganz Sachsen können auf die Raumfahrttage und die Raumfahrtausstellung stolz sein, die weit über die Landesgrenzen hinaus strahlen. Auch aus diesem Grunde sollten Freistaat und Kreis der Raumfahrtausstellung über die Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten hinaus mehr Unterstützung und Anerkennung zuteilwerden lassen. Dazu zählt für mich auch die Teilnahme eines namhaften Vertreters des vogtländischen Landratsamtes!

*MdL Andrea Roth - Tannenbergsthal*

## KUBA UND DIE ENTWICKLUNG IN LATEINAMERIKA

Ende Mai fand in der Jugendherberge, "Alte Feuerwache" in Plauen, eine höchstinteressanter Vortrag statt. Gerhard Menschenk von der Berliner Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft e.V., Freunde Lateinamerikas, erläuterte mit fundierten und sachlichen Fakten die gegenwärtige Situation in der Mitte und dem Süden des amerikanischen Doppelkontinent. Eine Besonderheit seiner Ausführungen betraf und betrifft das Extrem, dass das frühere „sozialistischen Hinterland“ des RGW nicht mehr existiert. Also zu den politischen

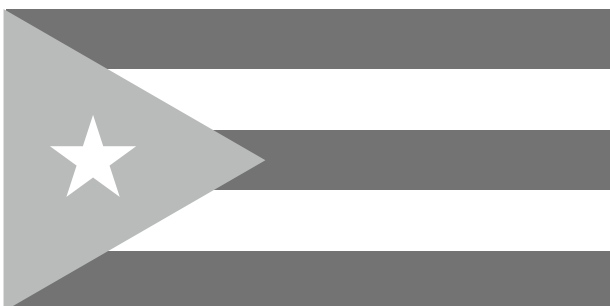
Anspannungen auch noch wirtschaftliche dazu gekommen sind. Und mit den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen die ökonomischen Belange arg in Bedrängnis geraten.

Er erläuterte aber auch gekonnt, wie die kubanischen Politiker auch mehr zufällig Wege und Mittel fanden und finden auf dem Weg zum Sozialismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Besonders zu schaffen machte und macht das Embargo der USA. Es fanden und finden sich Wege, es entweder zu umgehen oder, dass keinerlei Chance zum Abwürgen Kubas besteht. Er sprach über UNASUR - das "lockere" Staatenbündnis gegen die Wirtschaftsmacht USA; CELAC und ALBA - das enge Zusammengehen von vier Staaten

(KUBA, VENEZUELA, BOLIVIEN, Inselgruppe...) für die Beseitigung des Hungers in diesen Ländern. DIE OAS initiierte den Rauswurf Kubas 1962 Sie boten vor Jahren an, Kuba wieder aufzunehmen. Da allerdings Havanna ohne die OAS auch wirtschaftlich vorankam, verzichtete es darauf.

Innerhalb der letzten Jahre verstärkte und intensivierte sich der Kontakt vor allem zu Venezuela und Bolivien. Denn da sind inzwischen auch bessere national aktivere Regierungen am Ruder. Auf eine Frage hin erläuterte er auch, dass inzwischen durch die Castros ein jüngerer Politiker auf das erste Amt Kubas vorbereitet wird.

*Lotar Huberty - Plauen*



## POLITIK KANN SCHRECKLICH ABSURD SEIN!

Auch der Vogtlandkreis muss natürlich sparen. Aber sparen muss sozial verantwortbar sein und darf nicht gesetzlich geregelte Pflichten verletzen.

Im Sozialausschuss des Kreistages hatte die Verwaltung zwei Beschlussvarianten für die Finanzierung der Verbände und Vereine (sogenannter freier Träger der Wohlfahrtspflege) angeboten, die für den Vogtlandkreis Pflichtaufgaben erfüllen:

Variante A: für 2013 und 2014 erhalten sie das durch Vertrag vereinbarte Geld. Die notwendigen überplanmäßigen Ausgaben sollen bereitgestellt werden.

Variante B: Die Finanzierung für 2013 bleibt unverändert. Bis 30. Juni werden aber alle Verträge mit den betroffenen freien Trägern mit Wirkung für das Jahr 2014 gekündigt und die Verträge werden einer „inhaltlichen Prüfung der Aufgabennotwendigkeit“ unterzogen.

Absurdität Nr. 1: Alle Mitglieder des Sozialausschusses mit Ausnahme der beiden Vertreter der Linkspartei stimmen für Variante B, obwohl wir die katastrophalen sozialen Folgen erläutert und auf die zusätzlichen Kosten für die Landkreisverwaltung hingewiesen hatten. Pflichtaufgaben muss der Landkreis selbst erledigen, wenn die freien Träger nicht mehr genügend Mitarbeiter bezahlen können, und dafür müssen im Landratsamt Leute eingestellt werden, was teurer würde als die Bezahlung der freien Träger.

Allerdings wurde Variante B abgemildert, und das ist die zweite Absurdität: die Verträge sollen nicht mehr „gekündigt“, sondern „ausgesetzt (gekündigt)“ werden. Geklärt wurde aber bereits in der Sitzung, dass man Verträge nicht aussetzen kann. Verträge kann man nur in beiderseitigem Einverständnis aufheben oder eben kündigen. Ein Wort in Klammern, hier „kündigen“, kann nur das vorangestellte Wort erklären, präzisieren oder konkretisieren, aber „kündigen“ ist keine Erklärung für „aussetzen“! Folge nach unserem Verständnis: Der Beschluss

ist inhaltlich falsch, deswegen rechtlich nicht vollziehbar und unwirksam.

Deshalb hat die Linksfraktion offiziell an den Landrat den Antrag gestellt, aus rechtlichen Gründen den Beschluss des Sozialausschusses zu annullieren. Zur Zeit liegt unser Antrag bei der Leiterin des Sachgebiets Recht des Landratsamts zwecks juristischer Prüfung. Inzwischen führte das Sozialamt der Landkreisverwaltung Gespräche mit Vertretern der betroffenen freien Träger zur Frage, ob Einsparungen möglich und vertretbar wären.

Hier nur einige Ergebnisse:

Außenstellen der Schuldnerberatung müssten geschlossen werden. Statt zwei Wochen müssten Betroffene zwei Monate auf eine Schuldnerberatung warten, zum Teil mit schlimmen Folgen: Der Strom bleibt abgeschaltet, Kinder müssten deswegen in ein Heim eingewiesen werden; Betroffene werden obdachlos. Später hätte dann das Landratsamt die Kosten für die Erstausrüstung einer neuen Wohnung zu finanzieren.

Die Vereine müssten einen Teil ihrer Mitarbeiter entlassen. Aber viele sind auf Grund ihrer langjährigen Arbeit nicht kündbar. Ihnen müssten Abfindungen in erheblicher Höhe gezahlt werden, welche die Vereine und Verbände in die Insolvenz treiben könnten.

Klar wurde, dass alle Vereine und Verbände am Limit arbeiten. Nur ein Beispiel: Nach einer Empfehlung des Bundesverbandes für Schuldnerberatung müssten im Vogtlandkreis 9,6 Vollzeitstellen für die Schuldnerberatung zur Verfügung gestellt werden. Tatsächlich werden aber nur 7,3 Vollzeitstellen besetzt.

Wir hoffen, dass der Landrat den Antrag der Linksfraktion erfüllt und die Verträge nicht kündigt. Sollte er das doch tun, haben wir einen Plan B!

*Dr. Dorothea Wolff - Auerbach*

## 150 JAHRE SPD

Die SPD führt ihre Entstehung auf das Bedürfnis der Arbeiter nach Bildung zurück. Ferdinand Lassalle gründete deshalb die Arbeiterbildungsvereine. Darauf ist die SPD mit Recht stolz. Nach 150 Jahren ihrer Existenz muss man fragen, welche Ergebnisse besonders der politischen Bildung hat die Partei vorzuweisen. Betrachtet man die Politik und die Forderungen der SPD in der Gegenwart, so muss man feststellen, dass sich ihre Grundsätze von denen der bürgerlichen Parteien wenig unterscheiden.

Da ist in erster Linie ihre Haltung zu Krieg und Kriegsrüstung. Der erste Weltkrieg war ein allseitiger imperialistischer Raubkrieg, entstanden aus den Widersprüchen des imperialistischen Weltsystems. An der Seite der anderen bürgerlichen Parteien stimmte die SPD den Kriegskrediten im Reichstag zu. Noch immer gibt es Kriege in verschiedenen Teilen der Welt. Und wieder stimmt die SPD allen Kriegseinsätzen deutscher Soldaten in anderen Ländern zu. Warum gibt die SPD dazu ihre Zustimmung, anstatt ihre Mitglieder auf den Zusammenhang zwischen Krieg und imperialistischen Interessen aufzuklären?

Ein anderes Problem ist das Verhältnis von SPD und anderen Arbeiterparteien, zur KPD und gegenwärtig zur LINKEN. Zu einem Verhältnis gehören immer zwei Parteien, und man könnte auch die Gegenfrage stellen, wie sich die KPD, die LINKEN zur SPD verhalten haben und noch verhalten. 1933 vor der Machtergreifung Adolf Hitlers hat die KPD der SPD das Angebot gemacht, gemeinsam einen Generalstreik zur Verhinderung des Machtantritts Hitlers zu organisieren. Das hat die SPD mit der Begründung abgelehnt, Hitler werde sich sowieso nicht lange halten. Es muss hier an ein grobes Versagen der SPD erinnert werden. Das Verhältnis von SPD und LINKE ist auch gegenwärtig nicht dazu angetan, die notwendigen Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne der Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen in Deutschland zu erreichen.

*Gerda Huberty - Plauen*

## KÖNIG MUSS ALS FREIER MANN DEN GERICHTSSAAL VERLASSEN!

Der Kampf der Demokraten gegen den Rechtsextremismus ist im Gerichtssaal des Landgerichtes Dresden mit voller Wucht entbrannt! Die unabhängige deutsche Justiz, welche auf dem rechten Auge blind ist, klagt einen Mann an, welcher die Situation im Land sehr real einschätzt und vor einer drohenden Gefahr durch die Neonazis für unsere Demokratie warnt.

Jugendpfarrer Lothar König aus Jena, wird wegen seiner Teilnahme an der bislang größten Anti-Nazi-Demo Deutschlands am 19. Februar 2011 in Dresden angeklagt, wegen schweren Landfriedensbruchs, Beihilfe zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und versuchte Strafvereitelung.

Wir waren am 28. und 29. Mai mit weiteren Beobachtern im Gerichtssaal, um den Verlauf selbst zu verfolgen. Aber der Prozess gerät völlig aus der Bahn, nicht der Angeklagte, sondern die Staatsanwältin, der Richter und Zeugen kommen in Erklärungsnot. Angebliche Beweise lösen sich in Luft auf, Vernehmungsprotokolle sind verschwunden. Die vorgeführten Videos widersprechen den Aussagen der Polizisten. Bisher sind keine der Anklagen haltbar. Was passiert hier?

Die Justiz ist doch dem Grundgesetz verpflichtet und dort steht im Artikel 20: Die BRD ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Gegen Jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Genau das hat Lothar König getan. Der Richter und die Staatsanwältin suchen aber angestrengt weiter nach jedem Strohalm, um die Anklage aufrecht zu erhalten.

Seit der Wende ist Lothar König der erste evangelische Pfarrer, der vor Gericht steht. Aber er steht auch stellvertretend vor Gericht für alle die Pfarrer, welche sich öffentlich gegen die Neonazis stellen. Allgemein ist bekannt, dass seit Jahren die Regieren-

## DIE UNGESTIEFELTE KANZLERIN

Das Wasser geht - Angela kommt

Da sind sie dann wieder, die drei großen „W“: Wasser, Wahlen, Wählergunst! Soll doch seinerzeit Gerhard Schröder - den Wahlumfragen nach schon „unter Wasser“ - das Ruder noch herum gerissen haben. Mit „segensreicher Hilfe von oben“: dem Hochwasser, dem er sich in seiner bekannt „hemdsärmelig-zupackenden“ Art und Gummistiefeln entgegenstemmte an Oder und Elbe - Seit' an Seit' mit den Betroffenen. Was man ihm nicht vergaß. So zumindest hatte man das Wahlergebnis dann gedeutet.

Für sie indes hatte man wohl keine passenden Gummistiefel gefunden in Pirna, und Zeit für die Betroffenen hatte sie ebenso wenig wie für die Journalisten: gerademal einige wenig knappe Minuten - bis an den Rand des Wassers an der Fußgängerzone. Verärgert über die Pressefotos, die - bereits vorausgelaufen - Frau Kanzlerin von der „falschen Seite“ abgelichtet hatten, der „eher nicht so günstigen“ (Wie aber sollen sie's denn machen?). „Es hat keinen Sinn“ murmelte sie im Weggehen kurz. Salomonisch. Sagt ja auch was.

Nunmehr war sie in Greiz, nach dem sich die braunen Fluten aus dem Vogtland bereits weitgehend verabschiedet hatten. Gummistiefel nicht mehr nötig. Trockenen Fußes schritt sie zur Tat, der solidarischen: Griff gemein-

den eine zunehmende Umverteilung von unten nach oben betreiben. Das führt zur Unzufriedenheit der Bürger und die Regierenden versuchen die Unzufriedenheit der Bürger gegen die Ausländer, Juden und Linken zu lenken.

Gegen diese Mißstände in unserer Gesellschaft ist die Zivilgesellschaft und das sind die Kirchen, die Friedensbewegung, die antifaschistischen Gruppierungen, die demokratischen Parteien und die Organisationen verpflichtet nicht zu schweigen. Denn für sein zivilgesellschaftliches Engagement steht Pfarrer Lothar König vor Gericht. Er braucht unsere Solidarität!

Heidrun und Stanislav Sedlacik - Weimar

sam mit Thüringens Ministerpräsidentin Lieberknecht (CDU) zum Wischtuch, um, symbolisch wohl „einige Geschirrtteile ansässiger Gastronomen abzutrocknen“. So die Presse. Wie edel! Ob die Tränen der erneut Betroffenen von der Flutkatastrophe gleich schnell zu trocknen sind?

Immerhin: 100 Millionen wollte sie bundesweit bereitstellen für die Betroffenen. Von zunächst 20 Millionen Soforthilfe allein war schon in Greiz



die Rede - 30 Millionen müssten umgehend nach Sachsen gehen. Könnte also „eng werden“ die Merckelsche Spendierhose. Erstaunlich schon deshalb: Hätte da nicht soeben ihr Vorzeigeminister für Auslandseinsätze des Bundeswehr mal eben schlappe fast 700 Millionen „in den Sand gesetzt“ für Todes-

drohnen, die zum Glück nicht einsatzfähig waren? Etwa 30 Milliarden hatte unsere Kanzlerin für Wahlgeschenke in Aussicht gestellt. Und für die Rettung der Pleite-Banken stand quasi über Nacht gar das Tausenfache (!), nämlich fast eine Billion eigentlich „nicht real existierendes“ Geld bereit. Mächtig gewaltig, oder? Das Positive indes: Rund 8000 Bundeswehr-Soldaten sind im Einsatz. Gewährleisten die Sicherheit an Dämmen und Deichen im eigenen Land. Recht so! Sind sie hier doch besser aufgehoben als in Afghanistan, Mali, Somalia oder sonst welchen Schlachtfeldern da irgendwo im Nirgendwo.

Ach ja: In einem Nobelhotel in Plauen erinnert eine guldene Gedenktafel an die Kanzlerin - Einem Stuhl gewidmet, der solcherart geadelt von ihrem Allerwertesten, denn doch wohl mehr ist als ein gewöhnliches Sitzmöbel. Ein „geheiligt Stuhl“ gewissermaßen. Vielleicht könnte man in Greiz dann ja eine Vitrine einrichten mit dem solcherart geheiligten Wischtuch und den Tellern. Zur Besichtigung freigegeben für einen bescheidenen Obolus zugunsten der Flutopfer. - Was ich dann doch ohne jeglichen ironischen Unterton gern verstanden wüsste.

Jürgen Böhm - Schöneck

## MIT SPECK FÄNGT MAN MÄUSE

Genauso wie die Schädlingsbekämpfer in gewissen Abständen Ihre Köder für Mäuse und ähnliches Getier auslegen, so legt unsere Bundeskanzlerin alle vier Jahre ihren Wahlkampfspeck aus, um die Wähler zu fangen. In einer Talkshow im Fernsehen zaubert sie plötzlich 30 Milliarden Euro aus dem Hut, mit denen sie das einfältige Wahlvolk beglücken will. Die Botschaft hör ich wohl, doch allein mir fehlt der Glaube.

Sie verspricht mehr Kindergeld, einen höheren Grundfreibetrag für Kinder sowie eine Mütterrente und eine Verbesserung der Berufsunfähigkeitsrente. Weiterhin stellt sie eine Mietpreisbremse bei Neuvermietungen in Aussicht. Man darf gespannt sein, was die mächtige Lobby des Vermietervereins „Haus & Grund“ im Bundeshaus dazu sagen wird.

Was SPD und LINKE als Opposition in acht Jahren CDU-FDP Regierung verborglich gefordert hatte, soll plötzlich Wirklichkeit werden, wenn wir nur „Mutti Angie“ wiederwählen. Man braucht kein Prophet zu sein um zu ahnen, dass das alles nur heiße Luft ist und das Gegenteil wird der Fall sein. Weitere schmerzliche Griffe in die Kasse der Bürger werden wie immer „alternativlos“ folgen. Man braucht ja das Geld auch weiterhin für spekuliersüchtige Banker und für die Produktion von menschenverachtenden Kriegswaffen, die Leid und Not in die Krisengebiete bringen.

Die Menschen werden sich an den Spruch des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer erinnern müssen, der sagte: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“?

Dieter Riedler - Leubnitz

## EINLADUNG 4. TREFF DER GENERATIONEN

Wir laden herzlich zum

Am 25. Juli 2013 um 15.00 Uhr in  
den Klub der Volkssolidarität in  
Plauen, Karlstraße 14, ein.

Zwanglos wollen wir über gemeinsame  
Anliegen, Problem und auch  
Lösungsmöglichkeiten debattieren,  
die sowohl Junge wie auch Alte  
betreffen. Dabei ist eine angenehme  
Gastronomie gewährleistet.  
Heinz Discher / Dieter Kundler - AG  
Senioren

## STOLPERSTEINE

Am Montag, dem 15. Juli 2013,  
werden ab 15.00 Uhr Auf Initiative  
des Freundeskreises Max Hoelz e.V.  
mit Unterstützung der VVN-BdA Vogt-  
land in Falkenstein Stolpersteine, klei-  
ne Gedenktafeln im Straßenpflaster,  
verlegt.

Die Verlegungen erfolgen in der  
Ellefelder Straße 48 für  
Paul Popp,  
in der Brandstraße 40  
für Oskar Hölzel,  
in der Louis-Müller-Straße 28  
für Louis Müller  
und in der R.-Luxemburg-Straße 11  
für Max Pippig.

P. Giersich  
Freundeskreis Max Hoelz e.V.

## SCHUH DES MONATS



© Jean Jannon / pixelio.de

## WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die im Sommermonat Juli ihren Geburtstag feiern. Besondere Grüße an all jene, welche einen „runden“ begehen oder über 80 Jahre jung werden:

|                  |           |        |
|------------------|-----------|--------|
| Christel Handler | Mylau     | 01.07. |
| Hilde Braumandl  | Bobenn.   | 03.07. |
| W. Dreschner     | Werda     | 03.07. |
| Walter Vogel     | Ellefeld  | 04.07. |
| Manfred Weller   | Reichen.  | 07.07. |
| Mario Hupfer     | Syrau     | 08.07. |
| Joachim Mantau   | Plauen    | 08.07. |
| Walter Rieger    | Barthm.   | 09.07. |
| Sigrid Fischer   | Reichen.  | 10.07. |
| Gisela Kluttig   | Klingent. | 11.07. |
| S. Morgner       | Auerbach  | 11.07. |
| Lothar Fischer   | Reichen.  | 11.07. |
| Karl Braumandl   | Bobenn.   | 17.07. |
| Rolf Schubert    | Treuen    | 18.07. |
| Gertrud Gündel   | Plauen    | 19.07. |
| Heinz Hartmann   | Falkenst. | 19.07. |
| Hanni Gerber     | Klingent. | 21.07. |
| A.M.Pfrötschner  | Adorf     | 21.07. |
| Walter Bille     | Plauen    | 25.07. |
| J. Rudorisch     | Elsterb.  | 25.07. |
| Margit Stöhr     | Oelsnitz  | 26.07. |
| Jutta Günther    | Oelsnitz  | 27.07. |
| Karl Döhler      | Plauen    | 31.07. |

Wir wünschen allen viel Gesundheit,  
Freude am Leben und alles erdenklich  
Gute.

## Der Vogtlandbote

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Sparkasse Vogtland, BLZ 87058000, Konto-Nr. 3552002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.06.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 19.07.2013. Die nächste Ausgabe erscheint am 05.08.2013. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.